

Antrag: „Baumschutzsatzung“
der Fraktion
„Freie Bürger Offenburg (FBO)“

vom 15. September 2024



Der Gemeinderat möge beschließen:

Die bis zum Jahr 2017 gültige Baumschutzsatzung wird in der Offenburger Kernstadt wieder eingeführt. In den Ortschaften wird sie nicht eingeführt, es sei denn, einzelne Ortschaften sprechen sich ausdrücklich dafür aus.

Zur Vermeidung unnötiger Verwaltungs-, Verfahrens- und Beraterkosten wird auf das im Gemeinderat am 20.11.2023 beschlossene Verfahren zur Erstellung einer Baumschutzsatzung durch die Verwaltung verzichtet, da man bereits auf die vorhandene und bis 2017 praktizierte Baumschutzsatzung zurückgreifen kann.

Insbesondere wird aus diesem Grund auch auf das Hinzuziehen eines externen Beratungsbüros verzichtet, da dies eine vermeidbare und unnötige zusätzliche finanzielle Belastung des Gemeindehaushalts bedeuten würde.

In der bis 2017 gültigen Baumschutzsatzung müsste lediglich der

„§ 1 Geltungsbereich, Schutzzweck“

ergänzt werden wie folgt:

Absatz 1: Der Geltungsbereich dieser Satzung umfasst das Gebiet der Stadt Offenburg mit Ausnahme der Ortschaften. **Jede Ortschaft kann sich eigenständig für die Einführung dieser Baumschutzsatzung in ihrer Ortschaft entscheiden und einen entsprechenden Antrag in ihren Ortschaftsrat einbringen.**

Hiermit beantragen wir, dass der Antrag der Freien Bürger Offenburg bei der Gemeinderatssitzung am 07.10.2024 zur Abstimmung gestellt wird. Wir bitten die Verwaltung um eine schriftliche Bestätigung.

Mit freundlichen Grüßen,
Silvano Zampolli, Fritz Düker und Claudio Esposito

Begründung: Die bis 2017 in Offenburg gültige Baumschutzsatzung war sinnvoll und hatte sich bewährt. Sie wurde 2018 lediglich abgeschafft, weil sie auf die Ortsteile (= „Ortschaften“ im damaligen Satzungstext) ausgeweitet werden sollte und weil sich in den Ortsteilen Widerstand dagegen regte.

Anstatt es der Selbstbestimmung der Ortsteile zu überlassen, ob sie eine Baumschutzsatzung wollen oder nicht, und damit dem Prinzip der Subsidiarität mehr Geltung zu verschaffen und die Ortsteile zu stärken, schüttete der Gemeinderat 2018 das Kind mit dem Bade aus und schaffte die Baumschutzsatzung komplett ab. Mit dieser Entscheidung schadete er dem Baumbestand Offenburgs, dem Mikro- und Makroklima, der Ökologie, der Nachhaltigkeit, der Erreichung von CO₂-Klimazielen, dem Grundsatz der Bürgerbeteiligung und der Selbstbestimmung der Bürger in Freiheit.

Diese Fehlentscheidung von 2018 muss deshalb jetzt korrigiert werden.

Der mögliche Einwand der „Gleichbehandlung“ von Kernstadt und Ortsteilen entsprechend dem verfassungsmäßigen Gleichbehandlungsgrundsatz greift hier nicht. Denn dieser Grundsatz bedeutet lediglich, dass Gleiches gleich behandelt werden soll. Im Umkehrschluss heißt dies, dass Ungleiches ungleich behandelt werden muss.

Die Kernstadt unterscheidet sich nun aber in sehr vielen Aspekten von den Ortsteilen, beispielsweise in der Bevölkerungsstruktur, der Infrastruktur, der Bebauung, der Grundstücksgröße und -nutzung, den Baumbeständen, den lokalen Nutzungsgewohnheiten der Grundstücke, der lokalen Tradition etc.

Deshalb sind Kernstadt und Ortsteile grundsätzlich ungleich.

Den damaligen Gründen der Stadt Offenburg für eine Baumschutzsatzung kann jedenfalls in Bezug auf die Kernstadt auch heute noch ohne weiteres zugestimmt werden.

Die Stadt Offenburg veröffentlichte dazu am 22.06.2018 folgenden Text:

„Die Stadtverwaltung verfolgte mit dem Plan, eine neue Baumschutzsatzung einzuführen, das Ziel, den Baumbestand in der ganzen Stadt (Kernstadt + Ortsteile) mit all seinen ökologischen, kleinklimatischen, landschaftstypischen und -prägenden Funktionen und Auswirkungen zu schützen. „Aufgrund der stetig voranschreitenden, baulichen Entwicklung innerstädtischer Flächen wird der Schutz des Baum- und Grünbestandes immer wichtiger“, heißt es zur

Begründung in der Vorlage. Die Baumschutzsatzung diene als einheitliches und gesamtstädtisches Steuerungselement, „welches den Rahmen, die Kriterien und den Ablauf einer möglichen Fällung für alle Bürger transparent und kostenfrei“ festlege.“

Auch der damaligen Empfehlung der Stadt, den Geltungsbereich der Baumschutzsatzung nach dem Widerstand aus den Ortsteilen nicht auf die Ortsteile auszudehnen, kann man aus heutiger Sicht folgen, ebenso dem damaligen Schlusswort von OB Edith Schreiner:

„Ich finde es schade, dass wir jetzt das Kind mit dem Bade ausschütten. Es ist sinnvoll, eine solche Verordnung in der Kernstadt zu haben. Unser Ansatz war, diese Satzung bürgerfreundlicher zu machen. Wir wollen für den Schutz der Bäume werben. Allerdings hatten wir nicht die Chance, dies zu tun, die Ortschaftsräte wollten das nicht.“

Quelle:



Baumschutzsatzung fällt weg

- 22.06.2018 -

Schuldzuweisungen im Gemeinderat / Bürgermeister Martini: „deutlicher Rückschritt“ / Kontroverse Statements

Seit der Gemeinderat im Juli 2017 mit knapper Mehrheit die Ausweitung der Baumschutzsatzung auch auf die Ortsteile beschlossen hat, ist dieses Thema sehr emotional diskutiert worden. Am vergangenen Montag stand es nun erneut auf der Tagesordnung des politischen Entscheidungsgremiums.

Insgesamt sind bei der Offenlage des Satzungsbeschlusses vom vergangenen Jahr 1396 Stellungnahmen abgegeben worden. Die fünf Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange (Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung Landwirtschaft sowie Referat Naturschutz und Recht, Landratsamt Ortenaukreis, Amt für Landwirtschaft und Amt für Umweltschutz sowie die Bürgerinitiative Umweltschutz) waren positiv. Aus den Ortsteilen hingegen kam

der Widerstand gegen die Ausweitung der Satzung: 1382 Bürgereinwände und acht Einwendungen von Ortsverwaltungen.

Die Stadtverwaltung verfolgte mit dem Plan, eine neue Baumschutzsatzung einzuführen, das Ziel, den Baumbestand in der ganzen Stadt (Kernstadt + Ortsteile) mit all seinen ökologischen, kleinklimatischen, landschaftstypischen und -prägenden Funktionen und Auswirkungen zu schützen. „Aufgrund der stetig voranschreitenden, baulichen Entwicklung innerstädtischer Flächen wird der Schutz des Baum- und Grünbestandes immer wichtiger“, heißt es zur Begründung in der Vorlage. Die Baumschutzsatzung diene als einheitliches und gesamtstädtisches Steuerungselement, „welches den Rahmen, die Kriterien und den Ablauf einer möglichen Fällung für alle Bürger transparent und kostenfrei“ festlege. So lautete der Plan.

Nachdem der Widerstand dagegen aus den Ortsteilen und auch in Teilen des Gemeinderats nicht weniger geworden war, was im Umweltausschuss vom 7. Mai 2018 klar wurde, empfahl die Stadtverwaltung, den Geltungsbereich der Baumschutzsatzung nicht auf die Ortsteile zu erstrecken. Der Gemeinderat beschloss nun mit 27 gegen 10 Stimmen bei einer Enthaltung, die überarbeitete Satzung aus dem Jahr 1986 komplett zu kippen, die Stadt Offenburg jedoch zum Schutz von Bäumen zu verpflichten.

In der der Abstimmung vorangegangenen Diskussion setzt Albert Glatt, Fraktionsvorsitzender der CDU, den Ton. Eine Ausdehnung der Satzung auf die Ortsteile käme nicht in Frage, schließlich seien die meisten Ortschaftsräte dagegen gewesen. Der FDP warf Glatt vor, ausgerechnet als liberale Partei mehr Bevormundung zu befürworten. Die Grünen wollten nicht nur die Ausweitung der Satzung, sondern auch noch ausdrücklich eine Förderung für das Anpflanzen von Bäumen. Die SPD habe einen Schwenk vollzogen: von einer Befürworterin der Ausdehnung auf die Ortsteile zur Gegnerin. Die CDU habe dies immer gesagt. Warum? „Weil wir sie nicht brauchen. Wir halten diese Ausweitung nicht für sinnvoll.“ Glatt räumte ein: „Allerdings hatten wir nicht den Mut zu fordern, die Baumschutzsatzung auch in der Innenstadt abzuschaffen.“ Kritik übte der CDU-Fraktionsvorsitzende schließlich auch an denen, „die diese Baumschutzsatzung einführen wollten und jetzt das Gegenteil hervorgerufen haben – die komplette Abschaffung“.

Gerhard Schröder, SPD, konterte: „Herr Glatt hat auch jetzt wieder keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema geführt, diese wurde von Anfang an verweigert.“ Stattdessen kämen Angriffe gegen die SPD, die Grünen und die FDP. Es gehe ja nicht nur um Baumfällungen, sondern insgesamt um die Grünpflege in der Stadt. Da der Kompromissvorschlag von ihm und von Thomas Bauknecht (FDP) im Umweltausschuss ebenfalls abgelehnt worden sei, bleibe nur die Abschaffung. „Dies ist keine konstruktive Bearbeitung des Themas und Ausdruck einer miesen Diskussionskultur.“ Ingo Eisenbeiß erinnerte an die

Haushaltsanträge der Grünen zur Förderung der Baumkultur, die mit Verweis auf ein städtisches Konzept zur Grünplanung abgelehnt worden seien. Er plädierte für die Beibehaltung der aktuellen Rechtslage und für die Entwicklung eines Entwurfs zur Förderung der Baumkultur. Rudi Zipf, Freie Wähler, plädierte für die Abschaffung der Baumschutzverordnung auch in der Kernstadt.

Thomas Bauknecht, FDP, kritisierte ebenfalls, dass es keine fachliche Auseinandersetzung von Seiten der CDU-Fraktion gegeben habe. Die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Einwänden spreche klar für eine Baumschutzsatzung. Der Beschlussvorschlag stehe dazu in einem krassen Widerspruch. Der Kompromissvorschlag von ihm und Gerhard Schröder hätte fünf bis zehn Bäume pro Ortschaft betroffen: „Damit hätte jeder leben können.“ Das Thema sei inhaltlich damit durch. Allerdings: „In der Kernstadt herrscht völliges Unverständnis.“

OB Edith Schreiner meinte zum Schluss der Diskussion: „Ich finde es schade, dass wir jetzt das Kind mit dem Bade ausschütten. Es ist sinnvoll, eine solche Verordnung in der Kernstadt zu haben. Unser Ansatz war, diese Satzung bürgerfreundlicher zu machen. Wir wollen für den Schutz der Bäume werben. Allerdings hatten wir nicht die Chance, dies zu tun, die Ortschaftsräte wollten das nicht.“ Auch Bürgermeister Oliver Martini bedauerte die Rats-Entscheidung: „Das ist ein deutlicher Rückschritt. Schade, dass in den Ortsteilen nicht konstruktiv diskutiert worden ist.“